

rung anhalten. Dieser Trend wird so lange nicht aufhören, bis wir erkennen, daß die Regierung das Problem ist, und nicht die Lösung; daß es für die allgemeine Wohlfahrt notwendig ist, daß die Bundesregierung von ihrer Rolle als »Großer Bruder« befreit wird und zu ihrer historischen Rolle als Bewahrer des Friedens und als Schiedsrichter zurückkehrt« (Friedman 1979: 101).

Kurz gesagt: »Was wir dringend für eine stabile und wachsende Wirtschaft brauchen, ist eine reduzierte, nicht eine vermehrte Einmischung der Regierung« (Friedman 2002: 61).

Das Staatsverständnis in der Angebotsökonomie/Neuen Klassischen Makroökonomie

Überblick

In der Nachfolge des Monetarismus kamen in den 1970ern zwei Wirtschaftstheorien auf: die Neue Klassische Makroökonomie (NKM) sowie die Angebotsökonomie. Diese beiden werden hier zu einem Staatsverständnis zusammengefasst, da die NKM als makroökonomische Fundierung der Angebotsökonomie – welche eher wirtschaftspolitisch als wirtschaftstheoretisch sowie stärker mikroökonomisch ausgerichtet ist – angesehen werden kann.⁵⁵ Zu Beginn werden die Prämissen dieser beiden Theorien dargestellt.⁵⁶

Grundlegend für die NKM ist die Annahme *rationaler Erwartungen*,⁵⁷ eine Weiterentwicklung der im Monetarismus verwendeten adaptiven Erwartungen. In der *schwachen* Version dieser Annahme wird den Wirtschaftssubjekten unterstellt, dass sie die vorhandenen Informationen über die Einflussgrößen der Variablen, deren Verlauf sie prognostizieren wollen, effizient nutzen. Dies bedeutet, dass nur bis zu dem Punkt zusätzliche Informationen gesucht und verwertet werden, an dem der Grenznutzen aus den neuen Informationen den Grenzkosten der Informationssuche entspricht. Bei der *starken* Version wird zusätzlich unter-

55 Andere (bspw. Flassbeck 1982: 79) sprechen davon, dass der Monetarismus die makroökonomische Grundlage der Angebotsökonomie ist, da ersterer in der Arbeit jedoch aus den Arbeiten Friedmans abgeleitet wurde, der Staatseingriffe vehement ablehnt, ist es zur Entwicklung der Idealtypen sinnvoller, die NKM als Grundlage zu wählen, da der Staat bei der Angebotsökonomie wieder eine größere Rolle zugeschrieben bekommt.

56 Weder die NKM noch die Angebotsökonomie können auf einen Hauptvertreter zurückgeführt werden, in diesem Kapitel werde ich mich daher vor allem auf Literatur mit Übersichtscharakter beziehen.

57 Dies geht zurück auf Muth (1961: 315), seine Definition lautet: »expectations since they are informed predictions of future events are essentially the same as the predictions of the relevant economic theory.«

stellt, dass die Wirtschaftssubjekte das relevante ökonomische Modell, d.h. dessen Struktur, die Parameter etc. kennen. Infolgedessen decken sich die subjektiven Erwartungen mit den wahren oder objektiven, mathematisch bedingten Erwartungen (vgl. Snowdon et al. 2002: 190). Diese Version ist in die Modelle der NKM eingegangen, als das wahre Modell wird das neuklassische angenommen (vgl. ebenda). Es wird allerdings nicht behauptet, die Wirtschaftssubjekte könnten die Zukunft perfekt voraussagen (*perfect foresight*). Vielmehr geht es darum, dass Erwartungsirrtümer nur dann auftauchen, wenn die Wirtschaftssubjekte überrascht werden (z.B. von zeitinkonsistenter Wirtschaftspolitik) und dass die Fehler nicht systematisch sind, d.h. die Erwartungsirrtümer einen Durchschnittswert von Null haben.

Angebot und Nachfrage werden durch vollkommen flexible Preise jederzeit und sofort zum Ausgleich gebracht, was zu einer *beständigen Markträumung* führt. Hierin drückt sich die Annahme der inhärenten Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems aus, welche kennzeichnend für die auf der Neoklassik aufbauenden Theorien ist. In der NKM sind die Märkte – im Unterschied zum Monetarismus – aber nicht nur lang-, sondern auch kurzfristig ständig geräumt. Das Gleichgewicht wird bei Störungen immer unmittelbar wieder hergestellt, die Preise reagieren ohne Verzögerung, die Wirtschaft befindet sich nie in einem Ungleichgewichtszustand. Da die rationalen Erwartungen nicht wie die adaptiven graduell angeglichen werden, gibt es keine Anpassungszeiten, sondern Sprünge von einem Gleichgewichtszustand in den nächsten (vgl. Feldecker/Homburg 2003: 241). Auch Konjunkturschwankungen werden als Gleichgewichtsphänomene bzw. Prozesse von Gleichgewichtszuständen betrachtet (vgl. Heine/Herr 2003: 297). Der Arbeitsmarkt ist wie die anderen Märkte immer im Gleichgewicht, da völlige Lohnflexibilität unterstellt wird. Jede Form vorhandener Arbeitslosigkeit wird als freiwillig angesehen, als freie Entscheidung zwischen Arbeit und Freizeit (vgl. Söllner 1999: 224).

Eine weitere wichtige Prämisse ist die im vorhergehenden Kapitel bereits beschriebene Quantitätstheorie des Geldes. Zu Abweichungen des Outputs und der Beschäftigung von ihrem natürlichen (Gleichgewichts-)Niveau kommt es aufgrund der oben genannten Annahmen nicht in der kurzen Frist, sondern nur durch Erwartungsirrtümer bzw. nicht antizipierte Politik. Daraus folgt die Angebotskurve, die *Lucas surprise supply function* (vgl. Heine/Herr 2003: 297ff). Ein Anstieg der relativen Preise führt annahmegemäß zu einer Erhöhung des Angebots sowohl von Gütern als auch von Arbeit. Da die Wirtschaftssubjekte nicht in der Lage sind, Preisänderungen korrekt in einen Anstieg des allgemeinen und des relativen Preises aufzuteilen (Dekompositionsproblem),

schwanken Output und Beschäftigung kurzfristig um ihre natürlichen Werte. In Abwesenheit von Erwartungsirrtümern sowie langfristig ist die Angebotskurve vertikal, d.h. auch die um (adaptive) Erwartungen erweiterte Phillipskurve wird aufgegeben (vgl. Ziegler 1998: 206). Die Rolle des Staates wird somit noch weiter eingeschränkt, einzig mikroökonomisch wird ihm noch eine Rolle zuerkannt: in der Stärkung der Anreize für Unternehmen und Haushalte, ihr Angebot zu erhöhen (vgl. Snowdon et al. 2002: 214).

An dieser Stelle setzt die Angebotsökonomie an. Sie stellt – wie der Name schon sagt – die Angebotsseite in das Zentrum der Betrachtung, wobei sie vor allem auf dem Say'schen Gesetz und der Schumpeter'schen Analyse des innovativen Unternehmers beruht. Mit dem *Say'schen Gesetz* argumentieren die Angebotstheoretiker – in Übereinstimmung mit der oben dargestellten Annahme der beständigen Markträumung – dass sich von der Nachfrageseite her keine (dauerhaften⁵⁸) Probleme ergeben, der Expansion des Angebots somit von hier keine Grenzen gesetzt sind (vgl. Flassbeck 1982: 80ff). Die bestehenden Probleme sind infolgedessen auf der Angebotsseite zu suchen: Marktkräfte müssen entfesselt und Anreize gesetzt werden. Dies bedeutet nicht, dass die Angebotsökonomie von Ungleichgewichten ausgeht, sie konzentriert sich vielmehr auf die Beeinflussung des Wachstums, nicht der Konjunktur (vgl. Sievert 1982: 55).

Mit *Schumpeter* (1926) argumentieren die AngebotsökonomInnen, dass die Unternehmer die eigentlichen Motoren der Wirtschaft sind und nicht nur – wie bei Keynes – passiv die Nachfrage befriedigen (vgl. Kromphardt 2004: 226). Vielmehr schaffen sie durch vielfältige Innovationen neue Angebote, welche wiederum latente Bedürfnisse wecken, die Sättigungserscheinungen auf alten Märkten kompensieren und damit langfristig für Wirtschaftswachstum sorgen (vgl. Pätzold 1998: 381). Wichtiger Anreiz für die Unternehmer sind die sogenannten Pioniergewinne: Mit einer Innovation kann so lange ein zusätzlicher Gewinn erzielt werden, wie diese Innovation von der Konkurrenz noch nicht kopiert bzw. imitiert wird, der »dynamische Unternehmer« somit eine (temporäre) Monopolstellung innehat. Durch die Möglichkeit der Konkurrenz nachzuziehen, entsteht dann wiederum der Anreiz, nicht beim Erreichten stehen zu bleiben, sondern weiter innovativ zu sein. Die Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftssysteme wird aus dieser Sichtweise durch erfolgreiche Innovationen vorangetrieben (vgl. Kromphardt 2004: 227), in den Worten Schumpeters (1943: 13) einem »Prozeß der schöpferischen Zerstö-

58 Nach Sievert (1982: 45) bestreiten AngebotsökonomInnen nicht die Existenz eines Nachfragemangels, allerdings dessen latente Präsenz bzw. die prinzipielle Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems.

rung«. Insgesamt gehen die AngebotsökonomInnen davon aus, dass den Faktoren, die das potentielle Angebot bestimmen, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss: Kapitalakkumulation, technischer Fortschritt, Verbesserungen der Qualität der Beschäftigten, Freiheit von regulierenden Eingriffen und Vergrößerung der persönlichen Anreize (vgl. Feldstein 1986: 26).

Staatsaufgaben

Wie schon im Monetarismus wird dem Staat, von der Annahme der inhärenten Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems ausgehend, keine bedeutende Rolle zugeschrieben. Eine kurzfristige, diskretionäre Beeinflussung der Konjunktur wird hier noch vehementer abgelehnt, da diese unter den getroffenen Annahmen – v.a. von rationalen Erwartungen – vollkommen wirkungslos ist. Stattdessen liegt das Augenmerk auf der Förderung des Wachstums. Perspektive ist somit nicht in erster Linie die kurze, sondern die mittlere bis lange Frist (vgl. Sievert 1982: 48).⁵⁹ Und auf diese bezogen kann der Staat dann auch eingreifen, erhält eine deutlich stärkere Rolle als im Monetarismus: Die Angebotsseite kann vom Staat beeinflusst werden, indem dieser zum einen den Wettbewerb schützt und fördert, um die Marktkräfte zu stärken, zum anderen Anreize setzt, welche die Leistungsbereitschaft erhöhen. Diese offensive Marktpolitik wird auf der Grundlage einer verstetigten Geld- und Finanzpolitik (um keine destabilisierenden Impulse zu geben) durchgeführt, es geht demnach vor allem um mikroökonomisch ausgerichtete Politik (vgl. Pätzold 1998: 377). Mit der Förderung der Angebotsseite werden die Voraussetzungen für Innovationen, eine höhere Produktivität und eine bessere Rentabilität von Investitionen geschaffen – den Voraussetzungen für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit.

Allokation

Im Bereich der Allokation wird dem Staat ein breites Aufgabenfeld zugeschrieben. Wettbewerb ist sowohl eine unabdingbare Voraussetzung für die inhärente Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems und die beständige Markträumung als auch zentral für den Prozess der schöpferischen Zerstörung.⁶⁰ Daher muss er sowohl geschützt wie gefördert

59 Die Angebotspolitik kann allerdings auch kurzfristig schon positive Auswirkungen haben, indem sie über eine Verbesserung der Erwartungen die Investitionsbereitschaft erhöht (vgl. Sievert 1982: 48).

60 Ausführlicher zur Bedeutung und Funktion des Wettbewerbs vgl. Pätzold 1998: 397ff.

werden. Der *Schutz* des Wettbewerbs erfolgt über – hier nicht weiter zu beschreibende – Ordnungspolitik (Kartellverbot, Fusionskontrolle etc.). Bei der *Förderung* des Wettbewerbs besteht die staatliche Aufgabe zum einen darin, sich »aktiv« zurückzuziehen: Bürokratie soll abgebaut, Regelungen vereinfacht und reduziert, Strukturreformen durchgeführt werden. Im Mittelpunkt steht das Ziel, Investitionen als wichtiges Element im Prozess der schöpferischen Zerstörung zu erleichtern, indem z.B. die Genehmigungsverfahren vereinfacht und institutionelle Investitionshemmnisse abgebaut werden (vgl. Kromphardt 2004: 232). Weiterhin sollen auf diese Weise die Märkte flexibilisiert und insbesondere die Mobilität der Arbeitskräfte gefördert werden (vgl. Schatz 1988: 197).

Zur »Entfesselung der gefesselten Marktkräfte« gehört es weiterhin, neue Märkte für den Wettbewerb zu öffnen. Hierbei handelt es sich vor allem um Märkte für Güter und Dienstleistungen, die bisher (überwiegend) in staatlicher Hand waren, insbesondere netzgebundene Dienstleistungen, öffentliche Unternehmen etc. Diese sollen so weit wie möglich privatisiert werden, um auch in diesen Bereichen die innovativen, Schumpeter'schen Unternehmer zum Zuge kommen zu lassen (vgl. Kromphardt 2004: 229). Subventionen werden abgelehnt, da sie die Anreiz- und Lenkungenfunktionen des Marktes ausschalten und durch den Erhalt nicht wettbewerbsfähiger Unternehmen den Strukturwandel bzw. den Prozess der schöpferischen Zerstörung behindern. Somit führen Subventionen zu einer Verlangsamung des Wachstums, durch derartige Maßnahmen gehen insgesamt mehr Arbeitsplätze verloren als geschützt werden (vgl. Fees/Tibitanzl 1997: 144). Schließlich fördert auch der Freihandel den Wettbewerb und ist daher zu intensivieren (vgl. Sievert 1982: 41). Deregulierung, Privatisierung und Intensivierung des Freihandels können unter dem Stichwort »offensive Marktpolitik« zusammengefasst werden (vgl. Pätzold 1998: 397).

Eine weitere allokatonspolitische Aufgabe des Staates besteht in der Bereitstellung öffentlicher Güter mit allokativer Funktion, ebenfalls mit dem Ziel, das Wachstum zu fördern (vgl. Pätzold 1998: 234). Dazu zählen vor allem solche Güter, die als Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden können, insbesondere Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung. Letztere sollen – mit Ausnahme der Grundlagenforschung – jedoch hauptsächlich indirekt gefördert werden, d.h. über eine Unterstützung der Eigenkapitalbildung bzw. eine geringere Gewinnbesteuerung, da der Staat nicht wissen kann, in welchen Bereichen die Forschung lohnend ist (vgl. Kaufer 1982: 200f). Auch im Bereich Bildung soll der Staat tätig bleiben bzw. seine Tätigkeit ausbauen, um den Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen (vgl. Sievert 1982: 41). Diese Tätigkeiten zielen ebenfalls auf ei-

ne Verbesserung der Angebotsseite der Wirtschaft, neben dem Wachstumsziel spielt hier auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit eine wichtige Rolle.

Distribution

Unverfälschte Allokation sorgt – so die Annahme – für eine gerechte Verteilung, weshalb eine staatliche Sekundärdistribution als nicht notwendig erachtet wird. Der Staat kann jedoch über Bildung und Qualifizierung die Primärverteilung beeinflussen, indem er die Chancen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt verbessert (vgl. Fees/Tibitanzl 1997: 142). Eine über die Herstellung von Chancengleichheit hinausgehende staatliche Umverteilung wird als schädlich bezeichnet, da sie Anreize verringert oder sogar Fehlanreize hervorruft (vgl. Kromphardt 2004: 229). So wird beispielsweise der Anreiz eine Arbeit aufzunehmen durch zu hohe Sozialtransfers verringert. Anreizprobleme entstehen nicht nur auf der Leistungs-, sondern auch der Finanzierungsseite: Hohe Sozialabgaben mindern den Arbeitsanreiz bereits Beschäftigter (vgl. ebenda: 233), Unternehmer werden durch zu hohe Steuern und Abgaben daran gehindert, innovativ zu sein, da ihre Pioniergewinne auf diese Weise dezimiert werden (vgl. Pätzold 1998: 381).

In diesem Zusammenhang ist auch die sogenannte Laffer-Kurve zu nennen. Sie drückt aus, dass die Steuersätze nicht zu hoch sein dürfen, weil ab einem bestimmten Punkt die Zahlungswiderstände zunehmen und die Fehlanreize so hoch werden, dass negative Wachstumseffekte und eine Flucht in die Schattenwirtschaft die Folge sind, wodurch im Endeffekt auch das Gesamtaufkommen an Steuern und Leistungen zurückgeht. So wird begründet, dass Steuersenkungen eine Erhöhung des Steueraufkommens zur Folge haben können (vgl. Pätzold 1998: 382). Diese Argumentation ist auch auf Sozialabgaben übertragbar, weshalb sie über eine stärkere Betonung des Äquivalenzprinzips im Verhältnis zum Solidarprinzip in den Sozialversicherungen sowie eine Verstärkung der privaten Vorsorge gesenkt werden sollen (vgl. Milbradt 1982: 132), um auf diese Weise die Fehlanreize für Arbeit, Sparen und Investieren zu beseitigen und das Wachstum zu fördern (vgl. Pätzold 1998: 383). Somit ist die einzige distributive Aufgabe des Staates die Verbesserung der Lage der Ärmsten. Als Instrument werden hier die – den Marktmechanismus am wenigsten verfälschenden – direkten Transferleistungen empfohlen, öffentliche Güter mit distributiver Funktion werden abgelehnt (vgl. Milbradt 1982: 129f).

Stabilisierung

Grundsätzlich ist staatliche Stabilisierungspolitik unter der Annahme einer inhärent stabilen Wirtschaft unnötig. Mit der Aufnahme der rationalen Erwartungshypothese zeigt die Stabilisierungspolitik auch in der kurzen Frist keine Wirkung. Die Wirtschaftssubjekte sehen die staatliche Politik voraus und reagieren entsprechend. Die einzige Möglichkeit, die dem Staat zur Beeinflussung der realen Größen verbleibt, ist die Erzeugung von Erwartungsirrtümern über die Geldpolitik. In diesem Fall kann es dazu kommen, dass die Wirtschaftssubjekte einen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus mit einem Anstieg der Nachfrage speziell nach ihrem Produkt verwechseln und daraufhin ihr Angebot ausdehnen (vgl. Felderer/Homburg 2003: 251). Dies merken sie aber nach kurzer Zeit, der Output geht zurück und die Angebotskurve kehrt wieder in ihre Ausgangslage zurück (vgl. Heine/Herr 2003: 297).⁶¹ Die Reaktion erfolgt – im Gegensatz zum Monetarismus – im gleichen Augenblick wie die Erkenntnis, d.h. es gibt keine Anpassungszeiten, die ausgenutzt werden könnten. Auch eine Politik, die langfristig auf Überraschungseffekte angelegt ist, ist zum Scheitern verurteilt, denn bei rationalen Erwartungen beziehen die Wirtschaftssubjekte in ihre Planung mit ein, dass die Politik sie schon öfters getäuscht hat und versuchen, möglichen Überraschungen vorzubeugen, was negative Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung haben kann (vgl. Snowdon et al. 2002: 208ff). Da ein stabiles Preisniveau die Voraussetzung für ein funktionsfähiges Marktsystem ist (keine Beeinträchtigung der Lenkungs- bzw. Allokationsfunktion der Preise), fordert die NKM eine regelgebundene und zeitkonsistente, potentialorientierte Geldpolitik, durchgeführt von einer unabhängigen Zentralbank (vgl. Pätzold 1998: 385).⁶²

Was die Stabilisierungsmöglichkeiten der Finanzpolitik angeht, so stehen auch hier der kurzfristigen, diskretionären Beeinflussung der Wirtschaft die rationalen Erwartungen der Wirtschaftssubjekte entgegen.

- 61 Zusammenfassend kann man sagen, dass die Preiselastizität des aggregierten Güterangebotes im Verlauf der Zeit sukzessive abnimmt, sich dem Wert Null nähert. Wenn man nun noch in Betracht zieht, dass der Durchschnittswert der Erwartungsirrtümer Null ist, kann man allgemein von einer preisunelastischen Angebotskurve sprechen, die Geldpolitik hat keinerlei Einfluss auf Output und Beschäftigung. Eine antizipierte Geldpolitik ist super-neutral (vgl. Snowdon et al. 2002: 197ff).
- 62 Die Unabhängigkeit der Zentralbank wird damit begründet, dass eine diskretionäre Politik immer den Anreiz hat, zeitinkonsistent zu sein, um ein besseres Ergebnis zu erzielen. Da die Privaten dies mit einbeziehen, wird die Erreichung eines Optimums verhindert. Durch die Unabhängigkeit und Regelgebundenheit von Zentralbanken soll diese Situation verbessert werden (vgl. Snowdon et al. 2002: 208ff).

Versucht der Staat beispielsweise, über eine kreditfinanzierte Erhöhung der Ausgaben die Arbeitslosigkeit zu senken, so antizipieren die Wirtschaftssubjekte eine zukünftige Steuererhöhung und führen ihre Nachfrage in genau dem Umfang der staatlichen Nachfrageausweitung zurück, um für die erwarteten Steuererhöhungen zu sparen, es kommt nicht zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (vgl. Stiglitz 1989: 728). Dies wird auch als Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem bezeichnet (vgl. Söllner 1999: 224).⁶³ Eine andere Möglichkeit der Erwartungskompensation (bzw. des Erwartungs-Crowding-Out) ist, dass als Reaktion auf die staatliche Politik von einem Preisanstieg ausgegangen wird und die Preise daher sofort heraufgesetzt werden – die staatliche Politik also wiederum auch kurzfristig keine realen Wirkungen hat (vgl. Kromphardt 2004: 224f). Somit soll auch die Finanzpolitik nicht versuchen, die Konjunktur über diskretionäre Maßnahmen zu stabilisieren. Eine Kompensation der nicht von ihr ausgelösten Schocks ist mit Hilfe staatlicher Stabilisierungspolitik ebenfalls nicht möglich, da sie nicht mehr Informationen und damit auch keine bessere Prognosefähigkeit hat als die anderen Marktteilnehmer (vgl. Felderer/Homburg 2003: 254). Einzig die positive Wirkung der automatischen Stabilisatoren wird anerkannt, diese sollen nicht konterkariert werden. Anstelle einer kurzfristigen Politik wird eine Ausrichtung der Finanzpolitik an der Wachstumsrate des Produktionspotentials, d.h. dem langfristigen Trend der wirtschaftlichen Entwicklung, als sinnvoll angesehen (vgl. Pätzold 1998: 232). Diese ist konjunkturneutral, d.h. weder expansiv noch kontraktiv, und dient der Verstetigung der Erwartungen (vgl. ebenda: 233).

Laut der NKM ist diskretionäre Politik einer regelgebundenen grundsätzlich unterlegen. Dies nicht nur in der – oben angesprochenen – Hinsicht, dass eine regelgebundene Politik die effizienten Marktgleichgewichte nicht durch Täuschungen stören kann, während diskretionäre Möglichkeiten immer den Anreiz zeitinkonsistenter Wirtschaftspolitik beinhalten (vgl. Snowden et al. 2002: 206ff). Es gilt auch, wenn diskretionäre Politik wohlfahrtserhöhend wirken könnte, d.h. nicht grundsätzlich ineffizient ist. Dies basiert auf dem Wechselspiel zwischen Politik- und Erwartungsänderungen: Eine bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahme kann immer nur in Bezug auf die gegebenen Erwartungen optimal sein. Da diese sich jedoch als Reaktion auf den Plan ändern, muss

63 »[D]ie Art der Finanzierung des Staatshaushaltes [ist] irrelevant [...]: unter bestimmten (allerdings sehr restriktiven) Bedingungen würde es für rationale Wirtschaftssubjekte keinen Unterschied machen, ob sie sofort durch Steuern oder später durch (höhere) Steuern zur Finanzierung von Zins und Tilgung für eine früher erfolgte Schuldenaufnahme belastet werden« (Söllner 1999: 224).

der Plan dies mit einbeziehen – stabile Erwartungen (und somit optimale Maßnahmen) kann es jedoch nur bei einer stabilen, d.h. regelgebundenen Politik geben (vgl. Söllner 1999: 228f).

»[P]olicymakers should follow rules rather than have discretion. The reason that they should not have discretion is not that they are stupid or evil but, rather, that discretion implies selecting the decision which is best, given the current situation. Such behaviour either results in consistent but suboptimal planning or in economic instability.« (Kydland/Prescott 1977: 487)

Daher wird empfohlen, einfache und leicht verständliche Regeln zu wählen (damit ein Abweichen schnell erkannt werden kann) und einen institutionellen Rahmen zu schaffen, der die Änderung der Regeln schwer und zeitaufwändig macht (vgl. ebenda). (Diskretionäre) staatliche Stabilisierungspolitik ist nach diesen Theorien also sowohl unnötig als auch schädlich. Der Fokus liegt auf der langfristigen Verstetigung der Geld- und Fiskalpolitik, kurzfristige Prozesspolitik wird abgelehnt. Daher spricht man teilweise auch nicht von Stabilisierungs-, sondern Stabilitätspolitik (vgl. Ambrosius 1996: 367).

Fazit

Insgesamt soll die Wirtschaftspolitik den hier dargestellten Theorien folgend regelgebunden verstetigt und die Wachstumskräfte durch eine Förderung der Marktkräfte und Leistungsanreize gestärkt werden. Diskretionäre Politik wirkt nicht nur destabilisierend, sondern kann langfristige Investitionsentscheidungen erschweren und auf diese Weise auch das Wachstum bremsen, im Gegenzug ist eine Stabilisierung der Erwartungen die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung (vgl. Pätzold 1998: 376).

Hatten bei Keynes noch alle drei staatlichen Interventionsbereiche im Zeichen der Stabilisierung gestanden, so wird nun alles auf die Allokation ausgerichtet. Distributive Maßnahmen dürfen die marktliche Allokation nicht verzerren und keine Fehlanreize setzen, Stabilisierungspolitik soll keine Erwartungsirrtümer erzeugen. Eine gut funktionierende wettbewerbliche Allokation verbunden mit einer Zurückhaltung des Staates in den anderen beiden Bereichen ersetzt auch eine staatliche Distributions- noch Stabilisierungspolitik: Instabilitäten entstehen annahm gemäß nur durch eine mangelnde Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs oder staatliche Eingriffe, was auf diese Weise vermieden wird (vgl. Pätzold 1998: 259). Die Förderung des Wettbewerbs im Rahmen der Allokationspolitik fördert die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft und redu-

ziert auf diese Weise konjunkturelle Schwankungen. Angebotspolitik stärkt die wirtschaftliche Dynamik, verringert die Volatilität von Output und Beschäftigung und macht so Ungleichgewichte unwahrscheinlicher (vgl. SVR 1981: Ziff. 301). Folglich könnte die Allokationspolitik als – einzig sinnvolle – Stabilisierungspolitik bezeichnet werden.

Entsprechend soll der Staat neben der mikroökonomischen Deregulierung der Märkte auf der makroökonomischen Ebene eine stetige, regelgebundene Politik verfolgen und die Staatsanteile reduzieren, um die Belastung für Haushalte und Unternehmen zu verringern und ihre Erwartungen zu stabilisieren (vgl. Schatz 1988: 206). In diesem Sinne soll auch der Staatshaushalt verkleinert werden und insgesamt nur so groß sein, wie allokatonspolitisch erwünscht,⁶⁴ Stabilisierungsaspekte sollen außer acht bleiben. Die Ausrichtung am Produktionspotential besagt dann, dass die über diesen sogenannten Basishaushalt ermittelten Staatsausgaben-, Steuer- und Defizitquoten mit der gleichen Rate wachsen sollen wie das Produktionspotential (vgl. Pätzold 1998: 252f). Der Haushalt soll insgesamt konjunkturalneutral sein, aber wachstumsfördernd ausgerichtet (vgl. ebenda: 391). Letzteres beinhaltet eine Umschichtung von konsumtiven (v.a. Sozialtransfers und Subventionen) zu investiven Ausgaben, der Staat soll insbesondere seine Ausgaben im Bereich Bildung und Infrastruktur steigern. Eine Verringerung des Budgetdefizits wird empfohlen, weil die staatliche Kreditaufnahme die Kapitalmärkte belastet (Crowding-Out) und die Wirtschaftssubjekte verunsichert (vgl. Kromphardt 2004: 229): »Staatsdefizite absorbieren einen großen Teil der privaten Kapitalbildung und führen dazu, daß die Zinsen, Preise und Wechselkurse für privates Wachstum ungünstiger sind, als sie es sein müßten« (SVR 1981: Ziff. 299). Hierbei geht es insbesondere um den Rückbau des strukturellen Defizits durch Ausgabenkürzungen (vgl. Milbradt 1982: 135f). Insgesamt soll der Staatssektor zugunsten der privaten Wirtschaft und privaten Initiative zurückgebaut werden, sowohl was den Haushalt als auch was die sonstigen Eingriffe in die Wirtschaft angeht, um auf diese Weise den Spielraum für Private zu erhöhen.

64 Hierbei geht es v.a. um die Frage, welche öffentlichen Güter der Staat bereitstellen soll (vgl. Pätzold 1998: 250).